

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Klimanotstand anerkennen - Klimakrise bekämpfen

Der Landtag stellt fest:

Trockenheit, Dürre, Hitze, Wassermangel, Missernten, Waldbrände, Starkregen, Überschwemmungen - all das sind Ereignisse, die auch im Land Brandenburg in den letzten Jahren verstärkt aufgetreten sind. Für die Wissenschaft ist klar: Die Klimakrise wirkt sich bereits in Brandenburg aus. Jetzt muss schnell gehandelt werden.

Im Klimaabkommen von Paris hat sich die Weltgemeinschaft darauf verständigt, dass der „Anstieg der durchschnittlichen Erdtemperatur deutlich unter 2 °C über dem vorindustriellen Niveau gehalten wird und Anstrengungen unternommen werden, um den Temperaturanstieg auf 1,5 °C über dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen“. Die Erhitzung der Erde hat nach aktuellem Stand der Klimawissenschaft seit Beginn der Messungen 1880 im letzten Jahr zum ersten Mal über 1°C überschritten. Das macht deutlich, dass die 1,5-Grad-Marke schon sehr nahe liegt.

Daher ist es höchste Zeit, Klimaschutz auf allen politischen Ebenen prioritär zu verankern. Nur wenn Klimaschutz als Querschnittsthema gedacht und angepackt wird, ist es uns noch möglich, die Klimakrise in den Griff zu bekommen. Entsprechend ist es notwendig, den Klimaschutz auch im Gesetzgebungswesen zu verankern, indem die Auswirkungen von Landesgesetzen auf das Klima geprüft und in Einklang mit den Verpflichtungen aus dem Pariser Abkommen gebracht werden.

Der Landtag möge beschließen:

Der Landtag wird bei allen zukünftigen Entscheidungen deren mögliche Auswirkungen auf das Klima prioritär berücksichtigen, um die Klimakrise und deren Folgen zu begrenzen oder abzuschwächen. Alle Gesetzentwürfe sind auf daraus resultierende zusätzliche Treibhausgasemissionen und/oder Einsparpotentiale hin zu prüfen; zusätzliche Emissionen sind mit Einsparungen an anderer Stelle zu verbinden und müssen vereinbar sein mit den Einsparvorgaben des Pariser Klimaabkommens.

Die Landesregierung wird beauftragt, im Bundesrat die zügige Beratung eines Klimaschutzgesetzes einzufordern, dessen Maßnahmen der Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Pariser Abkommens dienen. Das Gesetz muss sicherstellen, dass die bereits vereinbarten Reduktionsziele eingehalten werden und das Ziel der Klimaneutralität in Deutschland spätestens bis 2050 vollständig erreicht werden kann.

Begründung:

Nach Angaben des Landesbauernverbandes betrugen die Ernteverluste im vergangenen Jahr zwischen 30 und 80 Prozent, je nach Kultur und Standort. Die monatelang anhaltende Dürre im Jahr 2018 hatte dramatische Auswirkungen - nicht nur für die Landwirtinnen und Landwirte oder den Wasserhaushalt der ganzen Region; nahezu jeder Lebensbereich war davon betroffen.

Auch für dieses Jahr sind die Aussichten besorgniserregend: Brandenburg war im Mai nach den Stadtstaaten Bremen und Berlin das dritttrockenste Bundesland in Deutschland. Die Niederschlagsmengen sind mit gut 350 Litern pro Quadratmeter weit unter dem langjährigen Vergleichswert von 540 Litern geblieben, teilte der Deutsche Wetterdienst (DWD) mit. Bereits im April mussten wegen der anhaltenden Trockenheit Brandenburgs Flüsse nach Angaben des Landesamtes für Umwelt inzwischen aufgefüllt werden. Aus der Talsperre Spremberg wurden seit Mitte April bereits 1,4 Millionen Kubikmeter Wasser in die Spree und andere Flüsse der Region geleitet, damit sie in Bewegung bleiben. Das Prestigeprojekt der Flutung des Cottbuser Ostsees ist bis auf weiteres gestoppt.

Daten des DWD und des Brandenburgischen Landesamtes für Umwelt (LfU) belegen: Brandenburg befindet sich inmitten der Auswirkungen der Klimakrise. Bei weiterer anhaltender Klimaerwärmung ist eine deutliche Zunahme der Wetterextreme zu erwarten. Das LfU kommt zu dem Schluss: „Die klimatischen Voraussetzungen, die gegenwärtigen Klimabeobachtungen und die erwarteten Auswirkungen des Klimawandels machen die Region Berlin-Brandenburg zu einer der am stärksten verwundbaren Gebiete Deutschlands“. Aber die Daten zeigen auch: Es gibt durchaus noch Handlungsspielraum.

Wenn jetzt entsprechend gehandelt wird, können die Folgen der Klimakrise zum einen eingedämmt werden. Zum anderen hätte das positive Effekte mit Blick auf den Erhalt der Biodiversität, auf die Entwicklung einer nachhaltigen Wirtschaft und nicht zuletzt die Lebensgrundlage aller Brandenburgerinnen und Brandenburger.

Damit würde das Land Brandenburg auch den Forderungen aus der Bevölkerung sowie den Initiativen von Fridays For Future, Scientists For Future, Parents For Future oder Extinction Rebellion nachkommen und die verpflichtenden Ziele des Klimaschutzes ernst nehmen.